

JUSO



JungsozialistInnen

Grundsatzpapier der JUSO Goldküste

Die Arbeitsgruppe JUSO Goldküste engagiert sich im Bezirk Meilen für mehr soziale Gerechtigkeit und eine nachhaltige Entwicklung. Wir verbreiten die Positionen und Inhalte der JUSO Schweiz und der JUSO Kanton Zürich im Bezirk Meilen. Als JungsozialistInnen wehren wir uns gegen die ungerechte Vermögens- und Einkommensverteilung, die wir an der Goldküste hautnah miterleben müssen. Weiter beteiligen wir uns aktiv am kommunalen Politgeschehen. Wir bieten eine linke Alternative zum vorherrschenden bürgerlichen Filz an der Goldküste und richten unsere kommunale Politik nach folgenden Grundsätzen:

Jugendpolitik

Von vielen Gemeinden im Bezirk Meilen wurde die Jugendpolitik bisher vernachlässigt. Stattdessen wurde die Alterspolitik, vor allem unter dem Einfluss eines starken Lobbyings, vorangetrieben. Dabei wurden die Sorgen und Anliegen der Jugend oftmals nicht wahrgenommen. Die Gemeinden müssen jetzt endlich ihre Verantwortung gegenüber der jungen Generation wahrnehmen! Die JUSO stellt deshalb folgende Forderungen auf:

- Die Jugend braucht mehr Möglichkeiten zur politischen Partizipation. Wir setzen uns ein für die Schaffung eines Jugendparlaments bzw. eines Jugendforums mit Anfrage- und Antragsrecht. Daneben müssen die Gemeinden sich zu mehr politischer Bildung verpflichten.
- Die JUSO verlangt von den Gemeinden die Einführung von Jugendförderbeiträge an Sportvereine, wie es die Gemeinden Stäfa und Hombrechtikon kennen.
- Die Gemeinden sollen sich einsetzen für mehr kulturelle Jugendveranstaltungen im Bezirk Meilen, wobei auch die Eigeninitiative von Jugendlichen gefördert werden soll. Aufgrund von mangelnden Angeboten ist die Jugend gezwungen für kulturelle Anlässe nach Zürich zu fahren.
- Die JUSO wehrt sich gegen jegliche Bevormundung der Jugend mittels Verboten, Einschränkungen oder Überwachung.
- Die Gemeinden sollen eine Kinder- und Jugendbeauftragte bzw. einen Kinder- und Jugendbeauftragten einstellen, wie es bereits die Gemeinde Stäfa kennt.
- Nur vereinzelte Gemeinden verfügen über ein Jugendleitbild, das Altersleitbild gehört aber schon lange zum Standardinventar. Wir verlangen ein Jugendleitbild in allen Gemeinden.
- Die Gemeinden müssen den Jugendlichen Platz geben für ihre individuelle Entfaltung. Dazu gehört auch eine geeignete Infrastruktur.

Bildung

Eine starke Bildung ist das Fundament einer funktionierenden Gesellschaft. Die JUSO stellt deshalb folgende Forderungen auf:

- Investitionen in die Bildung sind im Interesse der gesamten Bevölkerung. Wir wehren uns gegen die Schwächung des Bildungswesens durch sinnlose Sparübungen.
- Wir stehen ein für eine kinder- und jugendgerechte Bildung. Die Schule muss dem Wohl der Kinder und Jugendlichen und ihrer Entwicklung zu einem selbstständig handelnd und denkendem Individuum angepasst werden. Die heutige Schule ist stark auf Leistung ausgerichtet und nimmt zu wenig Rücksicht auf die individuellen Bedürfnisse.
- Der Bezirk Meilen hat eine überdurchschnittlich hohe Maturitätsquote. Dies hängt insbesondere mit der finanziell gutbetuchten Bevölkerung zusammen. Ein Beispiel: In den reichen Gemeinden, zum Beispiel Zollikon, ist die Maturitätsquote sogar über 50 %. Die Chancengleichheit ist somit nicht gegeben, da die Möglichkeit einer guten Schulbildung stark von der finanziellen Situation der Familie abhängig ist. Die JUSO verlangt deshalb von den Gemeinden Massnahmen für mehr Chancengleichheit auf Volksschulebene.

Umweltpolitik

Wir setzen uns ein für einen verantwortungsbewussten Umgang mit unserer Umwelt. Erneuerbar statt atomar, das ist die Zukunft. Deshalb sollen auch die Gemeinden Verantwortung übernehmen und die zukunftssträchtigen, erneuerbaren Energien fördern. Die JUSO stellt deshalb folgende Forderungen auf:

- Die Gemeinden sollen sich konsequent für die erneuerbaren Energie einsetzen. Bei Neubauten und Sanierungen von Gemeindebauten muss der Einbau von erneuerbaren Energiequellen, zum Beispiel Solarenergie, zwingend geprüft werden und wo möglich genutzt werden.
- Falls die Gemeinde als Bauherrin auftritt, muss mindestens der Minergie-Standard gelten.
- Wir verlangen von sämtlichen Betrieben und Institutionen der öffentlichen Hand, ihren Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen. Die Kernenergie ist keine langfristige Option! Die öffentliche Hand soll deshalb schon heute umsteigen und in die Zukunft investieren.
- Weiter verlangen wir, dass das Standardangebot der Stromprodukte, welche von den Gemeindewerken zu Verfügung gestellt werden, nur aus erneuerbaren Energien bestehen darf. Wer nicht auf den billigen und schmutzigen Atomstrom verzichten will, kann diesen bei den Gemeindewerken bestellen. In der Stadt Zürich wird dieses Modell bereits erfolgreich praktiziert.
- Wir verlangen von den Gemeinden Verantwortung zu übernehmen, Verantwortung für eine nachhaltige Energiezukunft. Dabei spielt das Energiestadt-Label eine wichtige Rolle. Küsnacht, Meilen und Uetikon verfügen heute schon über das Label, die restlichen Gemeinden müssen nun nachziehen.
- In den letzten Jahrzehnten fand in der Schweiz und auch im kapitalintensiven Bezirk Meilen eine krasse Zersiedelung statt. In der Folge werden die Baulandreserven knapp und unsere Naherholungsgebiete sind gefährdet. Die JUSO fordert deshalb verdichtetes Bauen, damit wir den zukünftigen Generationen eine intakte Landschaft übergeben können.

Bezahlbarer Wohnraum

In vielen Gemeinden im Bezirk Meilen wird über mehr bezahlbaren Wohnraum für Familien diskutiert. Entschärft wurde die Situation aber bisher nicht. Im Gegenteil: Die Mietpreise an der Goldküste steigen und steigen. Einheimische sind vermehrt gezwungen ihr Dorf zu verlassen, da es nicht genügend bezahlbare Wohnungen gibt. Mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein ist dies aber nicht. Die JUSO stellt deshalb folgende Forderungen auf:

- Der gemeinnützige und soziale Wohnungsbau muss von den Gemeinden konsequent gefördert werden. Zu diesen Zwecken soll vermehrt das Baurecht auf Gemeindeland an Baugenossenschaften abgetreten werden.
- Die JUSO begrüsst die kantonale Volksinitiative „Für mehr bezahlbaren Wohnraum“. Die Initiative ermöglicht es den Gemeinden, in einzelnen Gebieten einen Mindestanteil an Wohnungen festzulegen, die nach dem Grundsatz der Kostenmiete vermietet werden müssen. Wir werden uns für die Schaffung solcher Gebiete im Bezirk Meilen einsetzen.

Familienpolitik

Familien und Kinder machen Gemeinden lebendiger. Davon profitieren alle Generationen. Leider können aber nicht alle Wünsche und Bedürfnisse von Familien befriedigt werden. Es fehlt noch immer an geeigneten Betreuungsangeboten, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Die JUSO stellt deshalb folgende Forderungen auf:

- Es müssen endlich genügend familienergänzende Betreuungsplätze geschaffen werden! Noch immer mangelt es im Bezirk Meilen an Krippen und Hortplätzen. Die Gemeinden stehen in der Pflicht den Bedarf an zusätzlichen Betreuungsplätzen zu decken.
- Die Gemeinden müssen den Familien eine Informationsplattform zum gegenseitigen Austausch bieten. Zudem kann die Gemeinde bei Problemen Fachpersonal vermitteln.
- Die Gemeinden sind verantwortlich für eine kindergerechte Dorfinfrastruktur. Dazu gehören ein leichter Zugang zu Sportanlagen und Spielplätze, sowie Massnahmen im Bereich der Verkehrssicherheit.

Sozialpolitik

Seit jeher setzt sich die JUSO ein für mehr Solidarität in der Gesellschaft. Dies prägt auch unsere Vorstellung einer gerechten und solidarischen Sozialpolitik. Wir stehen ein für die Solidarität zwischen den Generationen und für die Solidarität mit jenen Menschen, die dem enormen Leistungsdruck in unserem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem nicht folgen können. Die JUSO stellt deshalb folgende Forderungen auf:

- Die JUSO steht ein für starke Sozialwerke. Es soll jedem Mensch möglich sein, ein Leben frei nach seinen Wünschen zu gestalten und zu leben. Menschen, denen durch unser unmenschliches Wirtschaftssystem Leid zugefügt wird, brauchen staatliche Hilfe. Besonders betroffen sind Arbeitslose, Working-Poors und Menschen mit tiefen Einkommen.
- Menschen in Notsituationen sind auf staatliche Hilfe angewiesen. Wir wehren uns gegen den bürgerlichen Spardruck in der Sozialpolitik. Ebenso wehren wir uns gegen die Vorwürfe von Faulheit und Missbrauch als Generalverdacht. Menschen geraten nicht aus Faulheit in die Sozialhilfe – Menschen geraten in die Sozialhilfe, weil sie

den Anforderungen der Gesellschaft nicht gerecht werden, oder als billige Arbeitskraft missbraucht werden, oder willkürlichen Mietpreiserhöhungen ausgesetzt sind, usw.

Solidarisch, weltoffen und tolerant

Im Bezirk Meilen leben Menschen verschiedener Religionen, Nationen und Kulturen. Die JUSO setzt sich ein für einen offenen Umgang mit unseren Mitmenschen. Die JUSO stellt deshalb folgende Forderungen auf:

- Die JUSO macht keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Nationalitäten, Religionen und Kulturen. Wir beurteilen nicht nach sexueller Orientierung oder nach Geschlecht. Wir sehen den Menschen, der überall auf der Welt gleich ist und als gleichwertiges Wesen wahrzunehmen ist. Wir verlangen von den Gemeinden, dass sie sich einsetzen für eine tolerante und weltoffene Lebensweise.
- Kein Mitmensch darf aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Leider gibt es aber Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Seien dies nun Ausländer, IV-Bezüger, Arbeitslose oder andere. Die Gemeinden sollen Menschen am Rande der Gesellschaft geeignete Integrationsprojekte bieten, um den Anschluss an die Gesellschaft wieder zu finden.
- Die Gemeinden fördern den Austausch und den Dialog zwischen den Kulturen und bieten dazu eine geeignete Plattform.

Mehr Demokratie

Von den bürgerlichen Kräften wird unsere direkte Demokratie als Vorzeigedemokratie hochstilisiert. Fakt ist aber, dass auch unsere hochgelobte direkte Demokratie in einigen Bereichen noch Verbesserungspotential hat. Die JUSO stellt deshalb folgende Forderungen auf:

- Wir fordern mehr Transparenz in der Politik, auch auf kommunaler Ebene. Insbesondere sollen dabei die Wahlkampfbudgets offengelegt werden. Als weitere Massnahmen fordern wir Budgetobergrenzen für Parteien und Kandidaten. So kann verhindert werden, dass ein Kandidat oder eine Kandidatin übermässig viel Werbung beziehen kann. Ebenfalls erachten wir eine finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde an Parteien und Kandidaten in den kommunalen Behördenwahlen als eine sinnvolle Massnahme für gerechte Wahlen.
- Die Gemeinderäte im Bezirk Meilen bestehen heute mehrheitlich aus grauhaarigen Herren im Anzug. Frauen und junge Menschen sind krass untervertreten. Wir verlangen deshalb von den Gemeinden, dass Frauen und Junge vermehrt gefördert werden in der Kommunalpolitik aktiv zu werden. Es ist zudem ein Armutszeugnis für eine Demokratie, wenn bei einer Gemeindeversammlung nur ein Bruchteil der Stimmberechtigten erscheint und man dabei das Gefühl hat an der Generalversammlung des Seniorenvereins zu sitzen.
- Ausländer sind ein Teil unserer Gesellschaft und tragen unseren Staat und die Sozialwerke mit. Trotzdem sind ihre politischen Rechte beschränkt. Die JUSO begrüsst deshalb die kantonale Volksinitiative „Für mehr Demokratie“, die das fakultative Wahl- und Stimmrecht für Ausländer auf Gemeindeebene fordert. Wir setzen uns ein, dass im Bezirk Meilen schon möglichst bald Ausländer in der Kommunalpolitik mitentscheiden können.

Finanzpolitik

In den Seegemeinden haben wir die tiefsten Steuerfüsse im Kanton. Die bürgerlichen Kräfte versuchen dennoch weitere Ausgaben zu streichen und Steuern zu senken, oftmals verbunden mit dem Abbau von Leistungen. Die JUSO stellt deshalb folgende Forderungen auf:

- Tiefe Steuerfüsse müssen kritisch hinterfragt werden, ebenso Steuersenkungen. Diese sind oftmals mit einem Leistungsabbau verbunden, von dem besonders einkommensschwache Menschen betroffen sind. Die JUSO wehrt sich gegen diesen Abbau von öffentlichen Leistungen, der vor allem einkommensschwache Menschen und Familien betrifft. Ausserdem steigen bei tiefen Steuerfüssen auch die Mietpreise.
- Bei einem Ertragsüberschuss schreien die bürgerlichen Parteien sofort nach Steuersenkung. Bei einem Aufwandüberschuss wollen sie sparen. Diese Politik der leeren Kassen macht unsere Gemeinden kaputt und das Eigenkapital wird stetig abgebaut. Es darf nicht sein, dass langfristige Investitionen von der Konjunktur abhängig sind. Die Gemeinden brauchen Spielraum für Investitionen, gerade auch deshalb weil die Bevölkerung im Bezirk Meilen in den nächsten Jahrzehnten nochmals stark wachsen wird und ein Ausbau der öffentlichen Infrastruktur unausweichlich ist. Wir wollen Gemeinden, die an einem lebendigen und attraktiven Dorfleben interessiert sind und langfristig planen.

Öffentlicher Raum

Es ist im Interesse der Bevölkerung, dass die Gemeinden einen attraktiven öffentlichen Raum zur freien Benützung zu Verfügung stellen. Die JUSO stellt deshalb folgende Forderungen auf:

- Die JUSO wehrt sich gegen jeden Verkauf von Grundstücken der öffentlichen Hand. Die Gemeinden sollen ihr Land für eigene Zwecke verwenden, sei dies nun eine neue Sportanlage, günstige Wohnungen oder öffentlicher Seezugang. Wir begrüssen auch den Zukauf von zusätzlichen Grundstücken durch die öffentliche Hand.
- Die JUSO begrüsst die kantonale Volksinitiative „Zürisee für alli“, welche eine Kreditvorlage zum Seeuferweg verlangt. Der See gehört der ganzen Bevölkerung und der Zugang darf nicht durch die Villen von ein paar Bonzen verwehrt bleiben. Zudem sollen die Gemeinden mehr frei zugängliche Bademöglichkeiten und Plätze am See schaffen.

Öffentlicher Verkehr

Die JUSO setzt sich ein für einen ausgebauten Öffentlichen Verkehr. Die Bevölkerung soll in ihrer Mobilität nicht auf ein Auto angewiesen sein. Die JUSO stellt deshalb folgende Forderungen auf:

- Die JUSO setzt sich ein für eine kostenlose Benutzung des Öffentlichen Verkehrs. Wir fordern deshalb auch von den Gemeinden im Bezirk Meilen, sich für gratis ÖV einzusetzen. Als kurzfristige Massnahme verlangen wir von den Gemeinden, dass Kinder, IV- und AHV-Rentner die Öffentlichen Verkehrsmittel im Dorf kostenlos nutzen können.
- Einige Sportanlagen im Bezirk Meilen liegen ausserhalb der Wohngebiete. Diese müssen vom ÖV erschlossen werden, damit Kinder und Jugendliche nicht auf die Fahrdienste der Eltern angewiesen sind. Strecken und Verbindungen des Öffentlichen Verkehrs müssen nicht in erster Linie rentabel sein, sondern auf die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst sein.

- Zu Stosszeiten sind die Züge in Richtung Zürich überfüllt und Sitzplätze sind Mangelware. Es braucht deshalb einen Viertelstundentakt für die Linie der S7.

Soziale Verantwortung

Die Gemeinden haben eine grosse soziale Verantwortung wahrzunehmen. Diese Verantwortung haben sie sowohl in der Region, als auch im globalen Umfeld. Die JUSO stellt deshalb folgende Forderungen auf:

- Die Gemeinden sind auch Arbeitgeber und als solcher verpflichtet eine öffentliche Vorbildfunktion einzunehmen. Dazu gehört neben guten Arbeitsbedingungen auch die Ausbildung von Lehrlingen. Die Gemeinden sollen sich verpflichten nach Lehrabschluss den Lehrlingen eine Weiterbeschäftigung anzubieten.
- Die Gemeinden sind insbesondere für Bauprojekte auf Produkte aus dem Ausland angewiesen. Leider sind nur wenige Gemeinden bereit ihre soziale Verantwortung wahrzunehmen und darauf zu achten, unter welchen Arbeitsbedingungen die Produkte produziert wurden. In der Folge verwenden auch viele Gemeinden im Bezirk Meilen Produkte, die unter menschenverachtenden Bedingungen produziert wurden. Die JUSO fordert die Gemeinden auf, nur fair hergestellte Produkte einzukaufen.